

Die



informiert

Stellenabbau in der Landespolizei

GdP: Polizei kann auf keine Frau und keinen Mann verzichten

KIEL. Das Landeskabinett hatte beschlossen, zusätzlich zu den 160 Stellen strategische Lücke weitere 122 Stellen bei der Polizei abzubauen. Der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner kritisierte abermals dieses Vorhaben: „Weder mangelt es uns an Aufträgen noch an Überstunden - vor allem aber an Personal. Der Beschluss des Landeskabinetts sägt an der Inneren Sicherheit.“

Der GdP-Landesvorsitzende erinnerte daran, dass die schwarz-gelbe Vorgängerregierung bereits festgestellt hatte, dass die Landespolizei ein Personaldefizit von 160 Stellen zu schultern habe, das bis jetzt nicht aufgefüllt sei. Nun setze die Albig-Regierung sogar noch einen drauf und schraube den Personalkörper um weitere 122 Stellen herunter.

Gleichzeitig kommen aber immer wieder neue Auftragsfelder in das Auftragsbuch der Polizei: Bekämpfung der Cyber-Kriminalität, angestiegene Einbruchszahlen in Häuser und Wohnungen mit gleichzeitig katastrophaler Aufklärungsquote und und und.

„Am Ende wird der Bürger die Zeche zu zahlen haben und mit einer reduzierten Polizei auch geminderte Sicherheit im Gegenzug bekommen“, so der Ratzeburger Polizeibeamte Manfred Börner. Abschließend wies er darauf hin, dass Schleswig-Holstein ohnehin an vorletzter Stelle (127 € pro Bürger pro Jahr) bei den Ausgaben für seine Polizei stehe. Nur Baden-Württemberg (125 € pro Bürger pro Jahr) gebe noch weniger aus.

Hinweis: Am morgigen Dienstag (8. Juli 2014) werden Arbeitsgruppen zur Stelleinsparung in der Polizei ihre Ergebnisse Innenminister Breitner vorlegen. Der SPD-Mann will diese prüfen, politisch gewichten und nach der Sommerpause entscheiden.

Der Landesvorstand

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V.,
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 0431-17091, Telefax 0431-17092,
eMail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de, 7. Juli 2014 – Nr. 18/2014
www.gdp-sh.de